

Auch den kommunalen Straßenbau unterstützen wir intensiv. 137,5 Millionen € sind ja wohl ein Wort. Auch damit tun wir etwas für die Menschen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das sind doch Bundesmittel!)

– Und wir verstärken die Bundesmittel im Übrigen durch originäre Landesmittel um 7,7 Millionen €, Herr Kollege Tüttenberg. Das Lesen des Haushaltsplans bildet.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Im Übrigen, meine Damen und Herren, stehen wir für eine Verkehrspolitik, die den Bedarf abbildet. Deswegen werden wir uns in Berlin nachhaltig für eine veränderte Verteilung der Bundesmittel im Straßenbau einsetzen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall von der CDU – Horst Becker [GRÜNE]: Dabei ist doch schon seit vielen Jahren nichts herausgekommen!)

Die deutsche Einheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, war ein Geschenk des Himmels für unser Land. Sie wurde unter der Regierung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl seinerzeit gut gestaltet.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Deswegen war es zu jeder Sekunde richtig, die Mittel am Anfang in den Aufbau der östlichen Bundesländer zu stecken. Die Infrastruktur und die Lebensverhältnisse mussten angeglichen werden. Daher war es völlig richtig, die Mittel bevorzugt dorthin zu geben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie durch den Osten fahren – Sie werden das mit Sicherheit genauso wie ich zwischendurch tun –, stellen Sie fest: Diese Politik war erfolgreich. Die Infrastruktur ist weitestgehend aufgebaut. Sie ist weitestgehend in einem guten Zustand.

Wenn Sie gleichzeitig durch die nordrhein-westfälischen Straßen fahren, werden Sie feststellen: Der Zustand der Straßen im Osten ist besser als der Zustand der Straßen in Nordrhein-Westfalen. Deswegen brauchen wir ein Nachholprogramm West für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit diesem Nachholprogramm West werden wir die Verkehrspolitik weiter verstärken können. Ich bin Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer ausgesprochen dankbar dafür, dass er bereits in den ersten Tagen nach Einführung in sein neues Amt genau das zur Leitlinie seiner Politik erhoben hat.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das ist nicht „West“, sondern das ist „Süd“!)

Im Übrigen werden wir uns dafür einsetzen müssen, dass die Investitionsmittel über 2011 hinaus für alle Verkehrsträger in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland mindestens auf dem Niveau des Jahres 2010 gehalten werden.

Das ist schon eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Ich hoffe, dass wir auch Ihre Unterstützung dafür finden können, die Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker in Berlin davon zu überzeugen, dass Investitionen in Höhe von 1 Milliarde € in die Infrastruktur etwa 4,4 Milliarden € positive volkswirtschaftliche Erträge bringen. Investitionen in Infrastruktur sind volkswirtschaftlich nützlich. Sie dürfen deswegen nicht abgesenkt, sondern müssen auf dem gleichen Niveau fortgesetzt werden. Dafür wird sich Nordrhein-Westfalen mit seinem Gewicht intensiv einsetzen.

Herr Kollege Wißen, Ihre Redebestandteile, in denen Sie sich mit dem Fahrrad des Großvaters von Herrn Kollegen Körfges beschäftigt haben, waren die stärksten. Daher rate ich Ihnen: Lassen Sie uns lieber weiter regieren. Das ist besser für dieses Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zum Teilbereich Verkehr nicht vor, sodass wir am Ende der Beratungen zu Einzelplan 14 sind.

Abstimmungen erfolgen gemäß Verabredung der Fraktionen zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr auch heute nicht.

Daher rufe ich, bevor wir über den Einzelplan 14 abstimmen, zunächst auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Arbeit und berufliche Weiterbildung“ und „Gesundheit und Soziales“.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10211 und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Tischvorlage Nummern 80 bis 94.

Wir beginnen mit dem

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Schmeltzer für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Besucher! Alle Jahre wieder stehen wir hier und beraten den Haushalt. Das geschieht in der Regel alle Jahre wieder kurz vor Weihnachten – mit wenigen Ausnahmen.

Alle Jahre wieder hören wir die Begründungen dafür, warum im Land Nordrhein-Westfalen seit der Regierungsübernahme von Schwarz-Gelb die Arbeitsmarktpolitik finanziell zurückgefahren wird: gekürzte ESF-Mittel – durchaus nachvollziehbar –, Verweis auf Bundesprogramme und Verweis auf die Förderung von der Bundesagentur für Arbeit.

Das Zauberwort von Herrn Laumann lautet „Programmlinien“. Sie verbergen sich hinter der großen Überschrift des Europäischen Sozialfonds. Diese Programmlinien werden in jedem Jahr zu Recht insbesondere von der Kollegin Steffens von Bündnis 90/Die Grünen immer wieder angesprochen. Dabei wird gefragt, wo die Details in diesen Programmlinien stecken, wohin das Geld fließt und wo die Mittel tatsächlich aufzuführen sind.

(Zustimmung von Barbara Steffens [GRÜNE])

Jedes Jahr wird Aufklärung zugesagt. Das war auch in diesem Jahr im Ausschuss der Fall – eben alle Jahre wieder.

Lassen Sie uns schauen, was war und was ist. Der Haushalt für die Landesförderung der Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen ist seit der gelb-schwarzen Regierungsübernahme 2005 um sage und schreibe 61 % reduziert worden. Eigenes Geld, insbesondere eigenes Geld für Innovationen, spielt nur noch eine nahezu untergeordnete Rolle. Ich erinnere an die kritischen Anmerkungen im zuständigen Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu diesem Punkt der innovativen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik durch den Kollegen Garbrecht. Da wurden auch keine sehr weit reichenden Informationen als Antwort geliefert.

Innovativ wäre es, Linien nicht für einige wenige, die natürlich auch gefördert werden müssen, sondern für die breiten Schichten der betroffenen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Hieran mangelt es eindeutig; das tendiert gegen null.

In Ihrer Pressemitteilung, Herr Minister Laumann, vom 1. Dezember 2009 schreiben Sie, dass von Entwarnung keine Rede sein könne. Dafür haben Sie unsere ausdrückliche Zustimmung, wie es öfters bei Pressemitteilungen oder Überschriften der Fall ist. Zustimmung haben Sie aber nie für das Handeln, das Sie auf den Weg bringen.

Weiter heißt es in dieser Pressemitteilung:

Wir müssen weiterhin verstärkt auf unsere arbeitsmarkt- und konjunkturpolitischen Maßnahmen setzen.

Sie sagen: auf unsere arbeitsmarkt- und konjunkturpolitischen Maßnahmen. – Welche Maßnahmen denn, Herr Minister? Sie verweisen in den Debatten, wenn es um den Einsatz von Geld für die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen geht, nachdrücklich auf andere. Eigenes Geld für Arbeitsmarktpolitik gibt es seit 2005 nicht mehr. Ihr steter Verweis in der Vergangenheit: „Das ist doch Ihr Bundesarbeitsminister; nehmen Sie da Einfluss“, ist jetzt endgültig vorbei.

Unabhängig davon ist festzustellen, dass wir tatsächlich Einfluss geltend gemacht haben. Er hat sich auch in erfolgreichen Bundesinitiativen bei Bundesarbeitsminister Olaf Scholz wiedergefunden.

(Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE])

Wenn eigene Maßnahmen, die Sie dort ansprechen, tatsächlich genutzt werden sollten, müssen Sie gerade im Haushalt auch sagen wie. Der Vorschlag zur Wochenarbeitszeitverkürzung, den die IG Metall gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Metall auf den Tisch gelegt hat, wurde in großen Lettern von Ministerpräsident Rüttgers unterstützt.

Wir sagen grundsätzlich zu einem solchen Ansatz: Er ist überlegenswert, und man muss da in die Tiefe gehen. Sie sagen in der eben zitierten Pressemitteilung, dass Sie den Vorschlag positiv finden. Sie sagen sogar: positiv bewerten. Sie haben ihn sogar schon bewertet.

Sie sind aber nicht Bewertungsminister, sondern Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen und müssen dementsprechend handeln.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie bewerten, müssen Sie letztendlich auch Vorschläge machen, wie das umgesetzt wird, und vor allem müssen Sie Vorschläge machen, wie das finanziert wird, wenn Sie schon Vorschläge Dritter unterstützen. Wir warten gespannt auf solche Vorschläge und auf Ihre Einflussnahme bei der derzeitigen Bundesarbeitsministerin, aber auch bei der Bundeskanzlerin.

Von allen Fachleuten wird eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit prognostiziert. Leichte Steigerungen konnten wir in den letzten Monaten schon erkennen. Sie werden aber gleich wieder 2005 zum Vergleich heranziehen, wie Sie das in jeder Rede und im Übrigen auch in jeder Pressemitteilung tun. Aber verkennen Sie nicht, dass die derzeit ausgewiesene Zahl der Arbeitslosigkeit nicht vergleichbar ist mit der aus Mai 2005! Sie verheimlichen nämlich immer ganz gerne, dass es Änderungen in der Zählweise gegeben hat, und gehen nach dem Motto vor: Nichts sagen ist nicht die Unwahrheit, halt nur nicht das Ganze, und das,

was ich sagen will, bringe ich schon rüber, nämlich Populismus.

Ihr Haushalt ist wenig innovativ. Die steigende Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die unwiderruflich kommen wird, die unklaren Verhältnisse in den Argen – da wird es heute Nachmittag eine sehr interessante und spannende Debatte geben –, die prognostizierte steigende Anzahl von Klagen und das Recht auf unabhängige Beratung – Frau Steffens hat auch darauf hingewiesen: Immer mehr Menschen haben nach Urteilen ein Recht auf unabhängige Beratung – lassen Sie außer Acht.

Die Geschichte mit dem Recht auf unabhängige Beratung müssen Sie sich zumindest bis Mai 2010 noch anlasten lassen. Nach Mai 2010 müssen wir hier korrigieren, und das wird sehr schwierig, denn die vorhanden gewesene Möglichkeit der unabhängigen Beratung, Herr Minister Laumann, haben Sie ohne Not zerstört.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben die Arbeitslosenzentren kaputt gemacht, indem Sie die Mittel ohne Grund völlig gestrichen und somit in Nordrhein-Westfalen eine sozialpolitisch verheerende Entscheidung zu verantworten haben.

Zum Thema Ausbildung. Nach wie vor befinden sich über 50.000 junge Menschen in Warteschleifen, und Sie versprechen jedes Jahr – alle Jahre wieder –, sich kümmern zu wollen. – Ja, wann denn und wie denn endlich? Jedes Jahr werden Sie von uns auf dieses Thema angesprochen, aber alle Beratungspunkte, die sowohl von Bündnis 90/Die Grünen als auch von den Sozialdemokraten eingebracht wurden, präventiv im Sinne dieser jungen Menschen tätig zu werden, wurden von Ihnen mit Mehrheit abgelehnt und – ich würde sogar sagen – einfach so vom Tisch gewischt.

Kollege Kern ist bei dieser Angelegenheit immer ganz nah bei uns, zumindest in seinen Reden. Aber seinen Reden folgt offensichtlich noch nicht einmal in der eigenen Fraktion Handeln. Und wenn es dann folgen sollte, ist er wohl in der absoluten Minderheit.

Jeder Ansatzpunkt zählt, um jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu ermöglichen. Ich erinnere an die Verbundausbildung. Ein Antrag von uns, von den Sozialdemokraten, die Verbundausbildung auf Weiterbildungsträger zu erweitern, wurde von den Koalitionsfraktionen in der Beratung negiert. Sie waren so weitsichtig und haben entsprechend gehandelt, weil Sie erkannt haben, dass es der richtige Weg ist.

Aber unabhängig davon, dass Sie es wieder einmal aus Ihrem ESF-Topf finanzieren konnten – ein sehr flexibler ESF-Topf, wie wir wissen –, mangelt es doch letztendlich an der Werbung für solche Maßnahmen. Drücken Sie doch mal ihr Kreuz an

der Stelle durch, Herr Minister, und initiieren Sie mehr Werbung für erfolgreiche Maßnahmen! Ich werde auch gleich über Maßnahmen reden, die Sie an der gleichen Stelle initiiert haben, und die ich nicht negiere. Das sage ich jetzt schon ganz deutlich.

Ich habe schon einmal auf die positiven Effekte der Verbundausbildung mit externen Weiterbildungsträgern hingewiesen und Hilfe hierbei angeboten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das, was bei mir zu Hause im Wahlkreis klappt, nicht auch in anderen Landesteilen funktionieren soll. Das hat auch etwas mit Engagement, mit Willen, mit Werbung, aber natürlich auch mit Arbeit zu tun, die man einsetzen muss, um den jungen Leuten etwas Gutes zu tun.

So komme ich zu dem von Ihnen initiierten Werkstattjahr. Ich will nicht die Debatten über die Zahlen neu aufrollen – Sie haben 10.000 angekündigt und in der Realität finden sich 4.000 bis 4.500 wieder –, sondern bei der Werbung für Initiativen bleiben.

Vergleichen Sie doch einmal die Regionen – dort, wo es gut funktioniert, und dort, wo die Annahme gegen null geht – an dem Beispiel Werkstattjahr! Vergleichen wir mal die Städte Lünen und Hamm – ich sehe den Kollegen Burkert dort sitzen –, Wahlkreis Schmeltzer und Wahlkreis Burkert! Hamm – ich weiß nicht warum, es soll auch keine Kritik sein – tendiert gegen null, wie mir Kollege Burkert sagte.

Scheitert es an einem Mangel an intensiven Gesprächen? Scheitert es daran, dass die Bewerbung des von Ihnen als sinnvoll herausgestellten Programms vor Ort nicht so intensiv ist? – Ich weiß es nicht.

Ich kann Ihnen nur sagen, wie es bei mir ist. Trotz aller kritischen Diskussionen hier im Haus habe ich, nachdem das Werkstattjahr auf den Weg gebracht wurde, zu den Akteuren direkten Kontakt gesucht. Das Lippe-Berufskolleg ist mittlerweile mit drei Klassen im Werkstattjahr vertreten. Mit der hohen Zahl von Hauptschulabsolventen steht es, glaube ich, ganz vorne im Land: gute Übergänge in Ausbildung und Beruf, viele Gespräche, viel Engagement aus Schulen und von Trägern. Ein langer Weg, aber es hat sich gezeigt: Die Arbeit und das Engagement sind erfolgreich – aus vielen Gründen.

Aber dort, wo das Werkstattjahr erfolgreich ist, Herr Minister, werden auch die Kritikpunkte laut. Ich sage nur: Schüler-Lehrer-Relation passt nicht, Beratungsstunden und Lehrer fehlen, die Eingliederung ausbildungsbegleitender Hilfen wäre sinnvoll, und die Träger hängen zumindest am Fliegenfänger, wenn es um die Vorfinanzierung geht, weil sie das Geld im Nachhinein bekommen. Das sind

einige Beispiele, wo man mehr machen und mehr Intensität reinbringen könnte.

Ich erinnere an die Hinweise des Kollegen Garbrecht zur Stichtagsbetrachtung und dass Ihr Haus bestätigt hat, die dargelegte Verlaufs-betrachtung wäre die bessere, die ehrlichere Variante. Ich hoffe, dass die zuständigen Mitarbeiter dort auch tätig werden.

Ich komme zum Schluss. Wir stehen jetzt fünf Monate vor der Landtagswahl. Wie war es denn damals? Die Arbeitslosenzahlen nach Mai 2005 sind nicht Ihre wegen, sondern wegen der damaligen Bundespolitik und der guten Konjunktur gefallen. Ihr Dazutun war gleich null.

Im März 2005 sagte Herr Rüttgers – Zitat –:

Bei den Flughäfen, bei den Hochschulen, im Gesundheitssektor, bei den Privathaushalten und im Minijobbereich liegt ein enormes Beschäftigungspotenzial von mehr als 1 Million Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren. Wir wollen alles dafür tun, dass so viel wie möglich davon realisiert wird. Das geht. Ich traue mir das zu.

Die Hälfte der Zeit ist vergangen. Herr Minister Laumann, ich warte auf Ihre Umsetzungszahlen.

Sie haben viel geredet. Sie haben auf andere gezeigt. Sie haben den Haushalt für die Arbeitsmarktpolitik in den Keller gefahren. Sie sind dem Diktat von Herrn Linsen gefolgt und haben bei steigenden Steuereinnahmen im Land mitgetragen, dass unsinnige Dinge in anderen Bereichen des Landes finanziert und die arbeitenden und arbeitslosen Menschen im Regen stehen gelassen wurden.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Sie sind der Sieger der Überschriften im Linksblinden und der Unfallverursacher der Arbeitsmarktpolitik beim Rechtsabbiegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schmelzer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Tenhumberg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmelzer, es ist ja klar, dass es Ihnen peinlich ist, wenn wir auf 2005 verweisen.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Nein!)

Wenn wir auf 2005 verweisen, geht es um Ihr Abschlusszeugnis.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Wir kennen auch die Situation von damals!)

Da reicht nun wirklich nicht die Note „mangelhaft“, sondern Ihre Leistungen muss man mit „ungenügend“ bewerten. Das muss man einfach so deutlich sagen.

(Beifall von der CDU)

Wer hat denn dieses Land fast in die Pleite gefahren? – Das hören Sie nicht gerne. Wer hat denn über 1 Million Arbeitslose im Land hinterlassen?

(Rainer Schmelzer [SPD]: Nach viereinhalb Jahren haben Sie immer noch keine neue Platte aufgelegt!)

– Herr Schmelzer, ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Viereinhalb Jahre dieselbe Platte!)

– Durch laute Zwischenrufe wird die Tatsache nicht revidiert. In Ihren Bemerkungen zum Kollegen Kern wird der Unterschied zwischen Ihnen und uns deutlich.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Ich habe den gar nicht angegangen!)

Mein Kollege Kern ist ein Praktiker. Er praktiziert es, Jugendliche in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Das lebt er in seiner Region Lippe vor.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Da sind wir beide ja nah beieinander!)

Und was machen Sie?

(Rainer Schmelzer [SPD]: Ich habe ihn doch gar nicht angegangen!)

Sie kloppen Sprüche. Mehr ist es nicht.

(Beifall von der CDU)

Sie reden viel und behaupten dasselbe auch noch von unserem Minister.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Ja! Soll ich Ihnen alle Überschriften mal vorlesen?)

Ich weiß gar nicht, in welcher Welt Sie leben. Sie scheinen durch Ihre Brille in ein anderes Bundesland zu schauen, aber nicht nach Nordrhein-Westfalen. Sie leben nicht in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, zur Sache: Trotz der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise konnte das Volumen des Haushalts des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales nahezu gehalten werden. Die minimalen Reduzierungen sind im Wesentlichen auf geringere Bedarfe im gesetzlich vorgeschriebenen Ausgabenbereich bzw. auf die Umsetzung der EU-Programme zurückzuführen.

Für den Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und

Soziales konnten damit wiederum gestaltende Elemente im Haushaltsplan verankert werden, die insbesondere den Benachteiligten auf dem Arbeitsmarkt Unterstützung geben werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Tenhumberg, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Nein. Ich verzichte auf eine Zwischenfrage.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Auch das ist unangenehm!)

Trotz des engen finanziellen Rahmens investiert das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales weiter verstärkt in Zukunftsaufgaben. Dabei unterstützt die Agentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel durch ihre enge Zusammenarbeit mit den Schulen, die Politik der Landesregierung.

Mit der Initiative der frühzeitigen Berufsorientierung an den nordrhein-westfälischen Schulen wird Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, in einer frühzeitigen vertiefenden Berufsorientierung die richtigen Entscheidungen für ihr zukünftiges Leben zu treffen. Zukunft fördern und vertiefende Berufsorientierung gestalten sind damit wesentliche Bestandteile der individuellen Förderung. Berufsorientierung in der Schule ist eine Zukunftsinvestition, die sich auszahlt.

Statt Hauptschulen am grünen Tisch abzuschaffen, investieren wir in Nordrhein-Westfalen deshalb im Bereich der Berufsorientierung massiv in optimale schulische Bedingungen für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das muss Ihnen Frau Sommer aufgeschrieben haben!)

Gemeinsame vertiefende Berufsorientierung gibt Jugendlichen Berufs- und Lebensperspektiven, verhindert Ausbildungsabbrüche und Arbeitslosigkeit und deckt den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft.

Wir freuen uns, dass diese Initiative auch vom Vorsitzenden des Westdeutschen Handwerkskammertages begrüßt wird, den ich nachfolgend zitiere:

„Ein besonderes Anliegen des Handwerks im Rahmen der Berufsorientierung ist es, die Attraktivität und den hohen Anspruch handwerklicher Ausbildungsberufe, leistungsstarker Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte deutlich zu machen. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Neugestaltung der Berufsorientierung an Schulen unter Berücksichtigung regionaler Strukturen und die Einbeziehung des Mittelstandes, um so den Ausbildungs- und damit Fachkräftenachwuchs zu sichern und jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen.“

Dem stimmen wir voll zu und freuen uns über die positive Beurteilung der genannten Aktivitäten.

Jugendliche in Ausbildung zu bringen, ist jedoch nicht nur eine Aufgabe des Staates. Auch die Unternehmen haben ihre sozialen Verpflichtungen einzulösen und trotz der bestehenden Krise für einen stabilen Ausbildungsmarkt zu sorgen. Auch in diesem Jahr können wir erfreut zur Kenntnis nehmen, dass es nicht, wie vermutet, zu einer Vielzahl von unversorgten Bewerbern für Ausbildungsplätze gekommen ist. Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen haben erkannt, dass sie für die Zeit nach der Krise gut qualifizierte Fachleute brauchen. Deshalb haben sie ihre Ausbildungsverpflichtungen in vorbildlicher Weise erfüllt.

(Beifall von der CDU)

Die Ausbildungsanstrengungen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Handwerks und der Industrie dürfen nicht nachlassen. Jeder Jugendliche verdient am Anfang seines Arbeitslebens eine faire Chance. Das gilt insbesondere auch für schwächere Jugendliche oder Jugendliche mit Handicaps. Deshalb begrüßen wir, dass das Arbeitsministerium mit dem Programm „Werkstattjahr“ und dem „Dritten Weg“ in der Berufsausbildung diesen Jugendlichen auch weiterhin Unterstützung gewährt.

Der „Dritte Weg“ ist ein Angebot des Landes, eine Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen aufzunehmen. Das Besondere daran ist die berufliche Qualifizierung über sogenannte Bausteine, die Schritt für Schritt im besten Fall zum Abschluss führen. Bei einem eventuell vorzeitigen Ausstieg können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Zertifikaten über die absolvierten Bausteine ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt wesentlich erhöhen.

Mit unserem Werkstattjahr geben wir Jugendlichen, die direkt nach dem Schulabschluss nicht wissen, welche Ausbildung sie machen wollen, oder die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, eine Zukunftsperspektive. In der Kombination von Schule und Praxis eröffnen sich Möglichkeiten für Übergänge in die berufliche Ausbildung. Jugendliche werden dabei in der Berufsorientierung unterstützt, sie können ihre Fähigkeiten ausprobieren, sie lernen neue Berufsfelder kennen und erhalten in den Berufskollegs die nötigen theoretischen Grundlagen.

Das Werkstattjahr ist ein gutes Beispiel dafür, dass der Übergang zwischen Schule und Beruf gelingen kann, wenn eine frühzeitige Hilfestellung angeboten wird.

Das Gleiche gilt für das Landesprogramm „Jugend in Arbeit plus“. Hier werden insbesondere Jugendliche unter 25 Jahre angesprochen, die längere Zeit arbeitslos waren. Auch hier ist es wichtig, dem Jugendlichen durch eine fachliche Begleitung den

Weg in den Betrieb, in die Ausbildung und/oder in die Arbeit zu ebnen.

Auch die Landesprogramme BUS, Betrieb und Schule, sowie die Ausbildung in Teilzeit und die Verbundausbildung sind zu nennen.

All diese Landesprogramme helfen Jugendlichen, ihre beruflichen Wünsche und Ziele tatsächlich zu erreichen. Wünsche und Ziele sind für die Jugendlichen dabei wichtig, damit sie einen Ansporn haben, diese auch umzusetzen. Diese erfolgreichen Programme müssen wir dementsprechend im Haushalt verankern.

In der Krise haben aber auch die Unternehmen gezeigt, dass es für sie wichtig ist, auf qualifiziertes Personal zurückgreifen zu können.

Die Weiterqualifizierung wird vom Land Nordrhein-Westfalen durch den Bildungsscheck unterstützt. Bildungsschecks haben sich in den letzten drei Jahren als Erfolgsmodell für betriebliche und berufliche Weiterbildung etabliert. Seit 2006 haben bereits mehr als 220.000 Menschen dieses Angebot angenommen. An der Erfolgsstory Bildungsscheck wird kontinuierlich weitergearbeitet. Wir finden es gut, dass überdurchschnittlich viele Arbeitnehmerinnen vom Bildungsscheck Gebrauch gemacht haben. 71 % der Einzelpersonen, die einen Bildungsscheck beantragen, sind weiblich.

Wir sind dem Minister Karl-Josef Laumann dafür dankbar, dass er Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt hat. Wir unterstützen den Minister in dieser Sache und tun gut daran; denn hier zeigt sich auch unser Grundverständnis: Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Branchen unterstützt auch die Gruppen der benachteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da diese häufiger in schlechter bezahlten Arbeitsverhältnissen tätig sind. Arbeitgeber und Gewerkschaften beweisen mit ihren Tarifabschlüssen, dass sie sich gemeinsam gegen Dumpinglöhne stellen.

Für Menschen mit Behinderungen haben wir im Haushaltsplan 2010 bedarfsgerecht die erforderlichen Mittel für Investitionen bereitgestellt. Die finanziellen Mittel fließen in die entsprechenden Werkstätten. Darüber hinaus haben wir unseren Mittelansatz für Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Integrationsunternehmen bedarfsgerecht um weit mehr als 1,7 Millionen € erhöht. Es ist ein gutes Zeichen, dass im Haushaltsplan 2010 die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushaltsplan des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben wir Christdemokraten in den Bereichen Arbeit und berufliche Weiterbildung die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bei der Befähigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei der Verbesserung der Übergänge

von der Schule in die Ausbildung bzw. den Beruf und bei der Weiterqualifizierung deutliche Akzente gesetzt worden sind. Dies wird auch zukünftig der Fall sein. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Dr. Romberg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! In einem aktuellen Bericht der „FAZ“ zur Konjunktur und zur allgemeinen Stimmung heißt es:

Die Wirtschaft arbeitet sich aus der Krise. Aber dennoch ist das Stimmungsbarometer noch weit von seinem Niveau vor der Finanzkrise entfernt, und die Arbeitslosigkeit wird nach Einschätzung aller Wirtschafts- und Arbeitsmarktexperten im nächsten Jahr steigen.

Dennoch ist es erfreulich, dass die Zahl der Arbeitslosen im November in Nordrhein-Westfalen erneut leicht gesunken ist. Dies ist nicht in allen Bundesländern der Fall gewesen; es gibt durchaus einige Bundesländer, in denen die Arbeitslosigkeit gerade im letzten Monat gestiegen ist.

Auch die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass uns im Hinblick auf 2010 eine arbeitsmarktpolitische Durststrecke bevorsteht. Vor diesem Hintergrund ist die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf maximal 18 Monate zu bewerten, die in der vergangenen Woche beschlossen wurde, um Entlassungen aufgrund der Wirtschaftskrise zu vermeiden. Gewerkschaften und Arbeitgeber zeigten sich gleichermaßen zufrieden.

Ich weise darauf hin, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen eine kostenlose Qualifizierungsberatung für die betroffenen Unternehmen anbietet. Dies soll dazu beitragen, dass die Betriebe die Kurzarbeit für entsprechende Bildungsoffensiven nutzen, damit sie für die Zeit nach der Krise fit sind.

Dennoch kann Kurzarbeit nur als eine, wenn auch wichtige Maßnahme gelten, die auf Dauer keine nachhaltige Lösung des Problems bringen kann. Es bedarf seitens der Politik flankierender Maßnahmen, um Investitionsanreize und Konsumbereitschaft gleichermaßen anzuschieben. Im Moment werden in Berlin die ersten Punkte auf den Weg gebracht, die zu einer deutlichen Steuerentlastung gerade für Familien mit Kindern sorgen werden.

Die wirtschaftlichen Probleme gehen natürlich auch an unserer Haushaltsplanung nicht spurlos vorbei. Allzu viele Spielräume bleiben somit nicht. Wichtige

Zukunftsbereiche dürfen dennoch nicht zurückgefahren werden.

Es ist das Gebot der Stunde, sowohl junge Menschen beim Einstieg ins Berufsleben wirksam zu unterstützen als auch die bereits Berufstätigen in ihren Bemühungen um Fort- und Weiterbildungsaktivitäten weiterhin zu fördern. Die Landesregierung tut alles, um die knappen Gelder so einzusetzen, dass sie auch wirklich beim Betroffenen ankommen. Dazu gehören gerade diejenigen, die es aufgrund einer unzureichenden Berufsausbildung oder persönlicher Problemlagen, zum Beispiel einer Behinderung oder chronischen Erkrankung, schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Im Bereich der beruflichen Ausbildung hat sich der Ausbildungskonsens in Nordrhein-Westfalen erneut bewährt. Trotz der schwierigen Zeiten konnten 121.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen werden.

Im Detail setzen wir von landespolitischer Seite weiter auf bewährte Instrumente. Zu nennen ist natürlich die Verbundausbildung, die dazu beiträgt, dass jährlich 1.000 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Dafür sind zunächst 3,5 Millionen € eingeplant. Eine gerade für kleine und mittelgroße Betriebe wichtige Maßnahme zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft ist die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, für die wir 14,6 Millionen € zur Verfügung stellen.

Zum Thema Ausbildung liegen uns wie auch in den vergangenen Jahren vor allem die Jugendlichen am Herzen, die mit Vermittlungsproblemen zu kämpfen haben und spezifische Unterstützung benötigen; Kollege Tenhumberg ist darauf eingegangen. Das Werkstattjahr ist beinahe schon ein Klassiker im Bereich der Förderung auf dem Weg zur Ausbildung. Die Fördersumme wird im kommenden Jahr 24 Millionen € betragen. Natürlich ist eine solche Maßnahme regional unterschiedlich erfolgreich. Aus meiner Heimat kann ich aus der Nachbarstadt Ahlen berichten, dass im dortigen „Haus der Pflege“ Übergangsquoten von über 90 % nach dem Werkstattjahr zu verzeichnen sind. Dieser große Erfolg zeigt, dass dies ein gutes Instrument ist.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Erwähnen möchte ich auch die 100 zusätzlichen Ausbildungsplätze, die für behinderte Jugendliche geschaffen wurden. Minister Laumann hat erst vor wenigen Tagen eine positive Bilanz ziehen können. Wie sich gezeigt hat, haben 85 % der Teilnehmer die Prüfung bestanden und damit sich und anderen beweisen können, dass sich der Einsatz lohnt. 55 % von ihnen haben bereits den Weg in eine Beschäftigung geschafft.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist uns im kommenden Jahr auch 1,7 Millionen € wert.

Obwohl die ESF-Mittel weiter zurückgefahren werden, ist erkennbar, dass das Engagement der Landesregierung in den genannten Bereichen unvermindert weitergeht. Das gilt auch für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeitern in Betrieben.

Zum einen setzen wir auf die Weiterqualifizierung der einzelnen Mitarbeiter. Der Bildungsscheck hat sich wirklich als Erfolg auf der ganzen Linie erwiesen. Das zeigt die Zahl von 220.000 Weiterbildungen, die in den letzten drei Jahren durchgeführt wurden. Offenbar hat man Mitarbeiter, sich an Weiterbildungen zu beteiligen, die vorher keine Weiterbildung gemacht haben, motiviert. Das zeigt den Erfolg dieser Sache. Für den Bildungsscheck sollen im Jahr 2010 erneut 20 Millionen € eingesetzt werden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Zum anderen ist auch die Potenzialberatung für Unternehmen wichtiger denn je; denn es geht um gezielte Beratung für Modernisierungsoffensiven, die die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes stärken. Pro Jahr nehmen 2.000 Betriebe mit mehr als 60.000 Mitarbeitern dieses Angebot wahr. Dafür sind im kommenden Jahr 7,5 Millionen € veranschlagt.

Es ist für den berechtigten Anspruch der Teilhabe behinderter Menschen ein guter Beleg, dass sich die Landesregierung schon länger für Integrationsunternehmen stark macht und bereits im Jahr 2008 ein neues Förderprogramm mit dem Namen „Integration Unternehmen!“ ins Leben gerufen hat. Mithilfe dieses Programms sollen 1.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Für den Zeitraum von drei Jahren stehen dafür 10 Millionen € zur Verfügung.

Sie sehen, wir sind weiterhin auf der Seite der Arbeitnehmer in diesem Land.

(Beifall von der CDU)

Wir machen eine gute Arbeitsmarktpolitik mit ausgesprochen sozialer Sensibilität. Die Kollegen der Opposition werden erkennen, dass sich diese Erfolge auch bei der Bevölkerung werden sehen lassen können. Wir werden die Landtagswahl im Mai mutig abwarten und dann hier vernünftig weitermachen können. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dafür brauchen Sie aber viel Mut, Herr Kollege!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Steffens das Wort.

Bevor ich es Ihnen endgültig gebe, liebe Kollegin, darf ich hier im Parlament eine Delegation aus unserer Partnerprovinz Jiangsu herzlich begrüßen,

(Allgemeiner Beifall)

die von dem Vorsitzenden unserer Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe begrüßt wurde. Herzlich willkommen!

Liebe Frau Kollegin Steffens, Sie haben das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt wird es wieder erfrischend!)

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Herr Romberg, Sie können doch nicht im Ernst meinen, dass Sie Applaus bekommen, wenn Sie sagen, dass Sie für die ganzen Bildungsverlierer, die letztendlich Sie durch Ihr dogmatisches Festhalten an diesem Hauptschulsystem produzieren, etwas tun würden.

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Dafür sollen wir klatschen? – Das glauben Sie nicht im Ernst.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Endlich wieder ein inhaltsvoller und erfrischender Beitrag!)

Das möchte ich auch noch einmal deutlich machen. NRW ist eines der Bundesländer – das zeigt auch Ihre Haltung –, das an diesem Hauptschulsystem festhält. Das Hauptschulsystem ist nicht schlecht, weil wir Debatten im Plenum führen, sondern das Hauptschulsystem ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Das wissen Sie. Spätestens nach der Landtagswahl werden Sie Ihre Konzepte aus den Schubladen herausholen und auf den Tisch legen. Darin wird stehen, dass es eine andere Orientierung gibt. Ihre Kommunalpolitiker vor Ort sind um ein Vielfaches weiter, als Sie mit dem, was Sie hier verkünden.

Sie aber produzieren diese Schüler weiterhin und richten gleichzeitig Warteschleifen, Qualifizierungsmaßnahmen und kleine Bildungsbausteine ein, mit denen Sie versuchen, das mit Ihrem System dadurch Angerichtete, dass Sie den Jugendlichen während der Schulzeit eine gute Bildung verweigert haben, zu reparieren. Das ist kein Verdienst. Ein Verdienst wäre es, wenn Sie wirklich einmal anfangen, eine Reform des Schulsystems auf den Weg zu bringen, um gar nicht erst Bildungsverlierer zu produzieren. Aber dazu sind Sie nicht in Lage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der zweite Punkt. Herr Romberg hat eben gesagt, das sei alles wunderbar, die Arbeitslosenzahlen seien gesunken. – Ja, gegenüber dem Vormonat sind sie es, aber gegenüber dem Vorjahresmonat sind sie es nicht. Sie sind im Vergleich zum letzten Jahr nicht runtergegangen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit Zahlen hat es die FDP nicht so!)

Im November letzten Jahres war die Wirtschaftskrise schon da und wir hatten bereits eine Zunahme an Arbeitslosen. Auch da waren wir also nicht auf einem absolut niedrigen Niveau. Von daher ist es zwar nett, dass die verkündeten Prognosen, wir würden gegen Ende des Jahres einen Höchststand an Arbeitslosigkeit erreichen, nicht eingetreten sind, aber auch das ist nicht Ihr oder der Verdienst der nordrhein-westfälischen Regierung, sondern das verdanken wir der Kurzarbeitsregelung. Das ist so. Wenn wir die nicht hätten, dann hätten wir im Moment ganz andere Zahlen.

In Bezug auf die Arbeitslosenzahlen ist aber auch klar – da schließen Sie auch wieder gerne die Augen –, dass Verlierer des Systems die Langzeitarbeitslosen und damit genau diejenigen sind,

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

die Bildungsdefizite haben. Diese erreichen Sie mit Ihren Konzepten und den Linien von Minister Laumann nicht wirklich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Linienminister!)

Für sie gibt es keine Angebote und auch keine Maßnahmen mehr. Das ist ein Riesendefizit, das wir seit Jahren beklagen. Aber diesbezüglich haben Sie eine andere Linie, die Sie verfolgen. Das werden die Menschen in diesem Land deutlich sehen. Die spüren das und werden das bei der Wahl im nächsten Jahr auch zum Ausdruck bringen.

Ich kann es auch am Beispiel der Arbeitslosenzentren deutlich machen.

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

Die Diskussion haben wir zwar mehrfach geführt, aber gerade jetzt, wenn in vielen Kommunen klar ist, dass sie den Wegfall der Landesmittel im nächsten Jahr nicht mehr kompensieren können – weil sie in Haushaltssicherung sind, weil sie diese Mittel nicht mehr haben –, muss man – darum haben wir unseren Antrag wieder gestellt – noch einmal eindringlich von der Landesregierung fordern, dass diese Mittel hier eingesetzt werden.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Ummengen von Menschen sind mit ihren Bescheiden von der Arge oder der Optionskommune nicht nur nicht zufrieden, sondern sind damit ungerecht behandelt worden. Es gibt Klagen, und diese Klagen werden überwiegend gewonnen. Die Menschen brauchen aber auch die Beratung. Denn Sie wissen nicht, welche Rechtsansprüche und welche Möglichkeiten sie haben.

Die Arbeitslosenberatungsstellen leisten hervorragende Arbeit. Die sind wichtig für die Menschen. Wir haben nicht zuletzt in der Anhörung zu einem

ganz anderen Thema, nämlich zum Thema psychische, psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung, gesagt bekommen, wie wichtig es ist, dass wir genau diese niedrighwelligen Angebote haben, damit die Menschen nicht in Löcher fallen und sie nicht in diese Problembereiche kommen, sondern rechtzeitig niedrighwellige Hilfeangebote bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie wissen genau wie ich: Die Kommunen sind vor dem Hintergrund der kommunalen Haushaltslage nicht mehr in der Lage, das zu kompensieren.

(Zurufe von der CDU)

– Nein, das sind sie nicht. Sie versuchen, das Geld zusammenzukratzen, aber es wird nicht mehr gelingen. Wir haben die Aussagen von etlichen Kommunen, dass es selbst mit ihren Leuten, mit den SPD-Kollegen und -Kolleginnen, nicht möglich ist, das Geld zusammenzubringen, weil Sie ihnen mit Ihrer Umverteilungspolitik und der Belastungspolitik der Kommunen – das haben wir bei dem entsprechenden Einzelplan auch schon diskutiert – die Luft zum Atmen nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen an der Stelle ganz klar die Finanzierung der Arbeitslosenzentren. Das ist die sozialpolitische Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen, und dafür gibt es die europäischen Sozialfondsmittel.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen aber auch – das ist ein Bereich, den die Landesregierung nicht gern hört – frauenpolitische Maßnahmen, die auch mit Landesmitteln finanziert werden. Das bundesweit erfolgreichste Arbeitsmarktprogramm war das Wiedereingliederungsprogramm für Frauen. Es war die höchste Wiedereingliederungsquote, und Sie haben dieses Programm abgeschafft. Stattdessen gibt es Hotlines,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wird immer „hotter“!)

stattdessen gibt es Beratung, telefonisch oder über das Internet. Das sind nicht die Maßnahmen, die greifen. Das ist selbst auf einer Veranstaltung des entsprechenden Frauenministeriums von allen Experten und Expertinnen gesagt worden. Wir brauchen die persönliche individuelle Potenzialberatung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Wir brauchen die persönliche Begleitung und Betreuung, um diese Wiedereingliederung hinzubekommen. Nur dann ist sie erfolgreich. Diese Frauen werden dann dauerhaft in Arbeit gebracht, statt an Hotlines vertröstet zu werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vor dem Hintergrund dessen, was wir durch den Bundeskoalitionsvertrag an Unsicherheiten mit der Neustrukturierung der Argen und der Optionskomponenten haben, worüber wir heute Nachmittag diskutieren, und was im Koalitionsvertrag steht, dass die Regierungskoalitionen im Bund überlegen, die Heiz- und Unterkunftskosten zu pauschalieren,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

bräuchten wir noch viel mehr an Beratung und Strukturen vor Ort. Wir hatten seinerzeit in Nordrhein-Westfalen, als wir noch Sozialhilfe und nicht die Hartz-IV-Gesetzgebung hatten, dieses Modellprojekt der pauschalierten Sozialhilfe, der PASO. Dabei ist herausgekommen, es geht nicht, dass man Unterkunfts- und Heizkosten pauschaliert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Denn in dem Moment haben wir einen großen Teil von Pauschalierungsverlierern. Diese Menschen müssen dann von dem geringen Geld, das für den Lebensunterhalt, die Ernährung und die Gesundheitserhaltung da ist, Miet- und Heizkosten zahlen. Das kann nicht sein. Denn für die Qualität des Wohnraums, für die Qualität der Heizmöglichkeiten und die Isolierung sind nicht die Menschen, die von diesen Leistungen leben müssen, verantwortlich, sondern dafür sind ganz andere verantwortlich. Deswegen muss man hier eine reale Finanzierung und keine Pauschalierung haben, welche die Menschen an der Stelle noch weiter ins Elend treibt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In dem Bereich der Weiterbildung gibt es nach wie vor vieles, was in Nordrhein-Westfalen im Argen liegt. Da reichen auch die Teile, die wir mit den ESF-Mitteln finanziert haben, nicht wirklich aus. Es müssen im Grunde genommen, gerade innerhalb der Betriebe, ganz andere Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen angeregt werden. Aber das haben wir auch an anderer Stelle schon intensiv diskutiert.

Wir sehen nicht, dass diese Landesregierung eine hervorragende oder eine mit Beifallsbekundungen auszustattende Arbeitsmarktpolitik macht, ganz im Gegenteil.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Beifallsbekundungen bekommt er immer!)

Das, was wir an Arbeitsmarktpolitik in diesem Land hatten, was zielgruppenspezifisch war, was bei den Menschen ankam, was die Selbsthilfe gestärkt hat, sind die Bereiche, die Ihnen nicht am Herzen liegen, wo Sie gekürzt haben.

(Zuruf von Walter Kern [CDU])

Sie haben jetzt im Landtag eine neue Kollegin aus Dortmund, die noch in Dortmund bei dem Jubiläum des Arbeitslosenzentrums deutlich und laut gesagt hat, dass sie die Einstellung der Landesfinanzierung für falsch hält,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Bravo! Herzlich willkommen!)

sich im Landtag dafür einsetzen will, dass diese Landesfinanzierung wieder aufgenommen wird, und sie als CDA-Frau einen guten Zugang zu Minister Laumann hat. Ich bin gespannt darauf, ob die neue Kollegin bei ihm Gehör findet, wenn er schon von uns und von den Initiativen im Land diese wichtige Botschaft nicht vernimmt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mal schauen, was die neuen Frauen in der CDU-Fraktion bewirken!)

Ich bin mittlerweile nach den Zwischenrufen und dem Zwischengegröle von dort hinten etwas desillusioniert, aber vielleicht fruchtet es doch noch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Steffens. – Nun spricht für die Landesregierung Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erfolge unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in den vergangenen Jahren sind durch die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte bedroht. 2010 wird ein Jahr großer Herausforderungen für den Arbeitsmarkt. Unser Motto muss deshalb bleiben: Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen halten und sichern sowie neue Arbeitsplätze ermöglichen.

Mit dem Haushalt 2010 konzentrieren wir uns dabei auf folgende Schwerpunkte:

Gerade in der Krise dürfen wir unseren Nachwuchs nicht vernachlässigen. Jugend und Berufsausbildung zu unterstützen, bleibt auch im nächsten Jahr einer unserer Schwerpunkte.

Wir müssen auch in der Krise deutlich machen, dass unsere Betriebe nur mit qualifizierten Fachkräften ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten und stärken. Mehr Weiterbildung anzuregen und zu fördern, bleibt deshalb eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Viele Menschen haben besondere Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Sie bedürfen einer besonderen Förderung und verdienen auch weiterhin Unterstützung durch die öffentliche Hand.

Insgesamt steht im Jahre 2010 für die Verwirklichung dieser Ziele ein Neubewilligungsvolumen in Höhe von 150 Millionen € Landesmittel und ESF-Anteil zur Verfügung.

Trotz der Wirtschaftskrise hat sich der Ausbildungsmarkt in diesem Jahr als robust erwiesen:

Mit hochgerechnet 121.000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen stehen wir in Nordrhein-Westfalen deutlich besser da als noch 2005, als es 10.000 Ausbildungsverträge weniger gab.

(Beifall von CDU und FDP)

Wahr ist aber auch, dass wir in diesem Jahr gegenüber 2008 10.000 Ausbildungsverträge weniger haben.

Natürlich ist es so, dass junge Leute, weil sie keinen oder nicht den passenden Ausbildungsplatz gefunden haben, Alternativen, zum Beispiel in den Kreisberufsschulen, aufsuchen. Wir müssen sehen, dass diese jungen Leute im nächsten Jahr erneut für den Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehen.

Das bedeutet: Wir müssen gemeinsam alles daran setzen, dass wir auch im Jahr 2010 mindestens 120.000 neue Ausbildungsverträge in unserem Land mobilisieren. Dazu wird die Landesregierung natürlich ihren Beitrag leisten.

Dies spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf wider. Mit der Verbundausbildung unterstützen wir jene Betriebe, die alleine nicht in der Lage sind, alle Ausbildungsinhalte zu vermitteln. Dadurch schaffen wir Jahr für Jahr rund 1.000 zusätzliche Ausbildungsstellen. Für 2010, Herr Schmeltzer, sind hierfür 3,5 Millionen € eingeplant.

Mit insgesamt 14,6 Millionen € fördern wir die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung in Handwerk und Industrie, von der insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen profitieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: ESF!)

Außerdem fördern wir die Teilzeitberufsausbildung für Mütter und Väter ohne Berufsabschluss, damit sie ein betriebliches Ausbildungsverhältnis in Teilzeit beginnen können. Ich denke, dass diese Maßnahme vor allen Dingen ein Beitrag ist, damit sehr junge Frauen, die schwanger werden, Ja zu ihrem Baby sagen können.

Wir müssen aber auch schwächeren Jugendlichen den Zugang zum Ausbildungsmarkt ermöglichen. Deshalb stellen wir auch im nächsten Jahr für das Werkstattjahr rund 24 Millionen € zur Verfügung. Im präventiven Bereich setzen wir für das Programm „Betrieb und Schule“ 3 Millionen € ein. Mit unserem neuen Ansatz „ILJA“ wollen wir allen sogenannten lernbehinderten Jugendlichen den Zugang zu Ausbildung und beruflicher Qualifizierung öffnen. Außerdem werden zum Beispiel für die beiden laufenden Durchgänge im sogenannten 3. Weg, mit denen wir rund 1.600 Jugendlichen zum Berufsabschluss verhelfen wollen, 2010 rund 7,6 Millionen € angesetzt.

Also, trotz der insgesamt deutlich zurückgehenden EU-Mittel wird das hohe Niveau im Bereich „Jugend und Beruf“ gehalten.

Arbeitspolitik greift jedoch zu kurz, wenn sie sich nur auf die Menschen konzentriert, die bereits arbeitslos geworden sind. Wir müssen versuchen, Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu halten und neue zu schaffen. Dies geht nur mit wettbewerbsfähigen Betrieben. Und die brauchen kompetente, gesunde und motivierte Beschäftigte.

Unsere Botschaft lautet deshalb: Erfolgreich zu arbeiten heißt, qualifizierter, flexibler und gesünder zu arbeiten. Wir unterstützen deshalb mit der Potenzialberatung betriebliche Modernisierungen, die auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen zielen.

Mithilfe der Potenzialberatung können Unternehmen ihre Personalentwicklung und Weiterbildungsaktivitäten verbessern. Das hilft auch bei der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels. Jährlich nutzen rund 1.700 Betriebe mit etwa 55.000 Beschäftigten die Potenzialberatung. Damit dies so bleibt, werden wir dafür auch im kommenden Jahr 7,5 Millionen € zur Verfügung stellen.

Mit dem Bildungsscheck haben wir ein bewährtes und erfolgreiches Förderinstrument für die finanzielle Unterstützung der Beschäftigten aus KMU bei der beruflichen Weiterbildung. Wir haben ihn inzwischen auch für Berufsrückkehrende geöffnet.

Wer im jeweils laufenden und vorangegangenen Jahr nicht an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat, soll motiviert werden, sich beruflich weiterzubilden. Eine obligatorische Weiterbildungsberatung geht der Förderung mit maximal 500 € voraus. Auch 2010 wollen wir dafür rund 20 Millionen € einsetzen.

Im Rahmen der ESF-kofinanzierten Arbeitspolitik werden wir neue Chancen für Menschen eröffnen, die besondere Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration haben. Dies gilt insbesondere für behinderte Menschen. Behinderten Menschen muss eine selbstständige Lebensführung und wirkliche Teilhabe auch am Arbeitsleben ermöglicht werden. Daher ist das Thema Arbeit auch eine der vier zentralen Säulen des Programms „Teilhabe für alle“.

Wir werden dabei bewährte Ansätze fortführen. Hierzu gehört die Unterstützung eines bedarfsgerechten Ausbaus an Arbeitsplätzen in Werkstätten für behinderte Menschen. In Nordrhein-Westfalen bestehen in den 104 anerkannten Werkstätten derzeit bereits 60.915 Arbeitsplätze. Der Bedarf wird aber zunehmen. Daher wird die Landesregierung weiterhin ihren Beitrag zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in den Werkstätten leisten. Dafür stehen im nächsten Jahr 8,2 Millionen € für Investitionsförderungen zur Verfügung.

Zudem bietet das Land auch im Jahr 2010 mit der Aktion „100 zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche und junge Erwachsene“ Jugendlichen mit Behinderung die Chance auf einen qualifizierten Start ins Arbeitsleben.

Die Landesregierung hat darüber hinaus im Jahre 2008 das neue Förderprogramm „Integration unternehmen!“ aufgelegt. Damit sollen rund 1.000 neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in Integrationsunternehmen geschaffen werden. Hierfür stellt das Land im Zeitraum von drei Jahren insgesamt 10 Millionen € zur Verfügung. Die beiden Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland beteiligen sich gemeinsam ebenfalls mit 10 Millionen €.

Ergänzend zum SGB II werden wir auch im Jahre 2010 Langzeitarbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund unterstützen. Dafür steht weiterhin das Programm „Jugend in Arbeit“ zur Verfügung.

Im Rahmen der Förderung innovativer Modellprojekte können neue Ansätze zur Verbesserung des Zugangs verschiedener Zielgruppen wie zum Beispiel Langzeitarbeitsloser oder Migranten zum Arbeitsmarkt gefördert werden.

Sie sehen an diesen vielen Aktivitäten, dass wir in der Arbeitsmarktpolitik hier in Nordrhein-Westfalen sehr gut aufgestellt sind, und ich glaube, dass die Menschen dieses auch spüren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist nur ein Glaube!)

Deswegen ist dieses ein Haushalt,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Da glauben wir nicht dran!)

mit dem wir ganz beruhigt dem 9. Mai, Herr Schmeltzer, entgegensehen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe nun auf:

Teilbereich Gesundheit und Soziales

Als erstem Redner erteile ich Herrn Killewald von der SPD das Wort.

Norbert Killewald (SPD): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Laumann, vor fünf Jahren, zum Jahrgangswechsel 2004/2005, wurden Sie uns, der Politik, dem Land und der Welt als der soziale Heilsbringer der CDU in Nordrhein-Westfalen vorgestellt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Das ist er heute noch!)

– Warten Sie einmal ab. – Da sollte dem farblosen und inhaltslosen Rüttgers der CDA-Vorsitzende, der

bunte Hund und der häufig eher unkonventionelle Politiker Laumann den nötigen Pep geben und den sozialen Anstrich verpassen. Wir wissen: ein Schachzug, der durchaus aufgegangen ist.

(Minister Karl-Josef Laumann: Tja! – Beifall von der CDU)

– Herr Laumann, vielleicht damals. Inzwischen hat uns aber die Realität in Ihrem Wirken eingeholt. Insofern ist das eine zweischneidige Sache, auch wenn Sie hier klatschen wollen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Aber es wird ja besser!)

– Ich freue mich, dass Sie jetzt wach geworden sind. Gerade war das ja eher eine ruhige Nummer. Das ist man von Ihnen gar nicht gewohnt.

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist das schlechte Gewissen!)

Wir sind jetzt fünf Jahre später, fünf Sozialhaushalte später, und können eine Beurteilung und eine Rückschau vornehmen. Herr Laumann, Ihr Pakt mit Jürgen Rüttgers, bewusst oder unbewusst geschlossen oder gehalten, und Ihre Annahme, er kann mich gebrauchen, und ich kann ihn beim Vorwärtskommen gebrauchen, sind gescheitert.

(Beifall von Bodo Wißen [SPD])

Ich fasse dies als Sackgasse für Ihre politische Laufbahn und als Sackgasse für die Sozialpolitik dieses Landes auf. Sie sind nämlich auf dem Weg gescheitert, etwas Gutes für die Menschen in Nordrhein-Westfalen erreichen zu wollen. Jürgen Rüttgers hat längst sein wahres soziales Gesicht – ich sage einmal: fast eine Fratze – offenbart.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, Kollegen. Äußerungen über Inder, über Kinder, über Rumänen und über viele andere haben Spuren hinterlassen. Ich weiß, dass Sie die natürlich ärgern.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß natürlich, dass das einer Partei wehtut, die vor fünf Jahren den Schachzug unternommen hat, hier jemanden hinzustellen, der einen sozialen Anstrich und einen Ruf hat. Dieser Ruf reicht aber bis heute nicht mehr weiter.

(Zuruf von der CDU: Er hat nicht nur einen sozialen Anstrich; er ist sozial! Das ist der Unterschied!)

– Ich rede gar nicht mit Ihnen, sondern mit Herrn Laumann.

(Zuruf von der CDU: Das weiß ich!)

Herr Laumann, ich bin der Überzeugung, dass Sie eigentlich anders sind. Ich glaube immer noch, dass Ihnen die Sozialpolitik am Herzen liegt. Die Frage ist

aber, ob Sie sich weiter als Steigbügelhalter für Jürgen Rüttgers zum Machterhalt verdingen wollen.

(Zuruf von der CDU)

– Herr Kollege, ich finde es zumindest positiv, dass Sie inzwischen wach geworden sind; denn vorhin bei den Äußerungen der CDU-Kollegen und des Ministers über die Arbeitsmarktpolitik herrschte ja Ruhe im Saal. Lediglich bei Frau Steffens Äußerungen war hier Lebendigkeit zu spüren.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ja, bei mir werden die immer wach!)

Herr Laumann, die Welt kann inzwischen klar feststellen: Wenn der Laumann will, darf er nicht, und wenn er kann, dann will er meist nicht. – Sie lassen die Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen verkümmern. Nach fünf Jahren ist der Lack ab. Nun begreift auch der Letzte, dass die Mächtigen da oben in Berlin Sie nicht wollen oder angeblich das, was Sie einmal verkörpert haben, nicht wollen. Gefragt sind dort oben eher hübsche, junge, zumindest scheinbar erfolgreiche, gelackte Gesichter. Sie dürfen derjenige sein, der die Menschen versteht. Veränderungen, wirkliche soziale Verbesserungen, behalten Sie nach dem Sinnen der da oben und Ihres Ministerpräsidenten und dieser Regierung aber gefälligst für sich oder äußern sie nur in den Hinterzimmern, Herr Laumann. Alles das wird seit fünf Jahren deutlich – und mit jedem Haushalt noch mehr.

(Zuruf von der CDU)

Lassen wir einfach einmal Beispiele sprechen. Ich beginne mit dem Beispiel Armut.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ja!)

2007 waren Sie und dieser Minister es, die hier oben die Anklage geführt haben, dass dort nichts passiert sei und dass nichts vorangehe. Man musste meinen, dass nun endlich etwas kommt, dass sich nun etwas bewegt. Was hat sich denn seitdem bewegt? – Sie haben einen runden Tisch. Gut; sehr gut.

Sie haben es aber zugelassen, dass die Obdachlosenhilfe – ein prestigeträchtiges sozialpolitisches Feld – ohne Gegenwehr zum Kollegen Laschet gegangen ist. Ein Jahr später wurde auch klar, wieso. Sie wollten sie nämlich einstampfen. Selbst als Herr Laschet für die Landesregierung erklärt hat, die Modellprojekte würden nicht mehr gefördert, kam von Ihnen kein Widerspruch.

Ein anderes Beispiel beim Thema Armutsbekämpfung ist die Einrichtung des Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Das ist ganz ausdrücklich eine gute Idee. Hier wird aber einmal mehr deutlich, wie Rüttgers tickt. Bitte pressewirksame Dinge; denn er will der großzügige Onkel sein. Selbst der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag stellen Ihnen in der Stellungnahme zum Haushalt das Zeugnis

aus, dass das Geld hinten und vorne nicht reicht; es müsste wesentlich mehr sein.

Das Schlimme ist, dass Sie das Programm auch noch bis zum 31. Dezember 2011 begrenzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Hunger dann nicht zu Ende ist; denn Ihnen fehlt in der Armutsbekämpfung ein Programm. Ihnen fehlt ein Konzept. Was Sie im Jahr 2007 hier großkotzig angekündigt haben, ist bis heute nicht gekommen.

Ich will noch andere Beispiele anführen. Im Bereich Pflege – seien es die Pflegestützpunkte, sei es der Bereich Pflegefachkraft, sei es das Wohn- und Teilhabegesetz – machen Sie immer wieder deutlich, dass Sie es mit einer nachhaltigen Politik nicht ernst meinen. Zugegeben: Das Wohn- und Teilhabegesetz war im Gesetzgebungsverfahren und ist von den Inhalten her ein gutes Gesetz. Jetzt, wo es auf die Umsetzung ankommt, streiken Sie aber und machen deutlich: Da dürfen Sie zwar, aber da möchten Sie nicht; da könnten Sie zwar, aber da wollen Sie nicht.

(Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Ein anderes Beispiel, bei dem Sie die kommunale Familie alleinlassen, ist die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung. Dort macht die kommunale Familie deutlich, dass das, was wir angekündigt haben, in der Tat eintritt. Sie wollen die Kommunalisierung nämlich dazu nutzen, diesen Posten auf Dauer zu kürzen. Sie machen da dieses Jahr schon ernst. Damit ist das, was wir Ihnen damals vorgeworfen und was Sie vehement bestritten haben, tatsächlich Wahrheit geworden. Genau so lassen Sie auch bei anderen Punkten die kommunale Familie bei ihrer Daseinsvorsorge allein.

Herr Laumann, Sie sind am Scheideweg. Sie müssen sich entscheiden: Wollen Sie eine soziale Fratze weiter stützen, oder wollen Sie das, was Sie vermutlich wollen, nämlich den Inhalt füllen, dass Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Republik bleibt? Ich glaube, dass Sie weiterhin danach streben wollen. Aber Sie sind derzeit in einer Sackgasse. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie endlich wirkliche Fortschritte in der Sozialpolitik für Nordrhein-Westfalen wollen. Es kommt auf Sie an und nicht auf irgendwelche hohlen Sprüche. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Killewald. – Frau Monheim hat das Wort für die CDU-Fraktion.

Ursula Monheim (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist völlig legitim, aus Sicht der Opposition den Haushaltsplan zu kritisieren, angebliche Versäumnisse anzuprangern und in

unterschiedlichen Bereichen mehr finanzielle Mittel zu fordern.

Aber nachdem, was Sie hier gemacht haben, Herr Killewald, nämlich schon fast an Geschmacklosigkeit grenzende Angriffe gegen unseren Sozialminister

(Beifall von der CDU)

und unseren Ministerpräsidenten – wobei Sie sich relativ wenig mit dem Thema auseinandersetzen, das heute auf der Tagesordnung steht –,

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist doch kein Kindergarten hier!)

kann ich nur die Schlussfolgerung ziehen, dass Sie in diesem Haushalt nicht viel Kritikwürdiges gefunden haben. Und das freut uns.

(Beifall von der CDU)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der wegbrechenden Steuereinnahmen,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Wer bricht die denn weg?)

der zusätzlichen Ausgaben zur Stützung der Konjunktur und des Mehrbedarfs für die sozialen Sicherungssysteme begrüßen wir es ausdrücklich, dass in den wesentlichen Feldern der Sozialpolitik Kürzungen vermieden werden konnten – mehr noch, dass sowohl hier als auch in der Gesundheitspolitik neue Akzente gesetzt und Initiativen angestoßen werden, und das, obwohl der Einzelplan 11 dadurch geprägt ist, dass fast 90 % des Budgets in Höhe von 2,866 Milliarden € durch gesetzesvollziehende Maßnahmen gebunden sind. Das heißt in der Konsequenz: Der Spielraum für Gestaltung ist denkbar knapp.

Meine Damen und Herren, in Krisenzeiten gewinnt das Soziale an Bedeutung. Eine der Konsequenzen der Landesregierung ist die Bekämpfung der Kinderarmut, Herr Killewald. Ich erinnere an die Initiative von Nordrhein-Westfalen, die Regelsätze nach dem SGB II und dem SGB XII passgenau an die Bedürfnisse von Kindern anzupassen. Ich erinnere an den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“, der 2007 eingerichtet wurde. Er wird in diesem Jahr von 15 Millionen € auf 19,3 Millionen € erhöht, um dem Bedarf gerecht zu werden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das reicht immer noch nicht! Das wissen Sie auch!)

Denn mehr Kinder nehmen die Mittagsbetreuung in Anspruch. Das ist auch ein Erfolg. Und – das ist betrüblich – es ist mit Auswirkungen steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Der Fonds, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine befriedigende Dauerlösung, aber er ist eine wirksame Maßnahme zur Überbrückung, bis bedarfsgerechte Leistungen für Kinder gesetzlich verankert sind. Herr Minister Laumann hat schon darauf hin-

gewiesen, dass 70.000 Kinder durch diesen Fonds und durch diesen Anstoß der Landesregierung täglich eine warme Mahlzeit bekommen, die sie sonst wahrscheinlich nicht hätten.

Ich komme zur Politik für Menschen mit Behinderung. Sie hat traditionell in Nordrhein-Westfalen einen sehr hohen Stellenwert und ist auch Schwerpunkt der jetzigen Landesregierung. Das Programm „Teilhabe für alle“ steht genau für diesen Anspruch, dass Menschen mit Behinderung Teil unserer Gesellschaft sind. Es ist ressortübergreifend angelegt, wird ständig fortentwickelt und bündelt unterschiedliche Maßnahmen, um ein möglichst selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen. Im Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales stehen dafür 16,4 Millionen € zur Verfügung.

Das Ministerium für Bauen und Verkehr fördert die Verbesserung der Wohnqualität für ältere und behinderte Menschen mit 60 Millionen €, und für den Abbau von Barrieren im öffentlichen Nahverkehr stehen 110 Millionen € zur Verfügung. Aktuell sind 59 Einzelmaßnahmen in diesem Programm gebündelt. Sie werden verlässlich weiterentwickelt.

Verlässliche Weiterentwicklung gilt auch für die Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Für viele Menschen sind diese Einrichtungen unverzichtbar. Durch die Teilhabe an der Arbeitswelt erfahren sie nicht nur eine Selbstbestätigung, sondern auch Gemeinschaft und Anerkennung für das, was sie leisten und tun.

Für investive Mittel – darauf hat Minister Laumann hingewiesen – stehen in diesem Jahr unverändert wieder 8,2 Millionen € zur Verfügung. Der Bedarf – da sind wir uns sicher – wird in der nächsten Zeit weiter ansteigen.

Auf das Programm „Integration unternehmen!“ ist hier schon mehrfach hingewiesen worden. Auch ist erwähnt worden, dass dieses Programm erneut um 1,7 Millionen € aufgestockt wird, um damit 1.000 neue Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung zu schaffen.

Weitere kleine Programme sind ebenfalls angesprochen worden. Sie alle belegen, dass die besonderen Anstrengungen der Landesregierung dazu dienen, gerade jetzt Menschen mit Behinderung Chancen zu sichern, einen Weg in Ausbildung und Beruf zu finden. Das spiegelt sich in allen Fällen auch im Haushaltsplan wider.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Stiftung Wohlfahrtspflege ist unverzichtbar für die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur in unserem Lande. Deswegen möchte ich ausdrücklich danken, dass unangefochten das Budget der Stiftung in Höhe von 25 Millionen € auch in diesem Jahr wieder zur Verfügung steht. Ich denke, das ist in unser aller Interesse, hier eine Fortentwicklung zu haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn ich auf den Pflegebereich schaue, dann wissen wir verlässlich, wie sich die Zahlen der zukünftig pflegebedürftigen Menschen entwickeln werden. Die Frage, wie der Fachkräftebedarf zu ermitteln und – wichtiger noch – wie er zu decken ist, beschäftigt den Fachausschuss schon seit Jahren.

Wir wissen, Nachwuchsgewinnung für diesen Beruf, sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich, hängt von vielschichtigen Faktoren ab: Attraktivierung des Berufsbildes, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und höhere gesellschaftliche Anerkennung, um nur einige zu nennen.

Die Landesregierung hat nun ein Monitoring angestoßen, um alle Leistungserbringer zu befragen mit dem Ziel, einen umfassenden Überblick sowohl über die Bedarfe wie auch über die Potenziale zu erhalten. Aber die Landesregierung wartet nicht nur ab, sondern zeitgleich erhöht sie den Ansatz in der Altenpflegeausbildung nochmals um 0,5 Millionen € auf jetzt 32 Millionen €. Damit werden bis zu 8.730 Schulplätze in der Altenpflegefachausbildung und in der einjährigen staatlich anerkannten Altenpflegehilfeausbildung vom Land finanziert.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch im kommenden Jahr für Modellprojekte für demenziell erkrankte Menschen weiterhin 1,5 Millionen € eingeplant sind.

Auf das Wohn- und Teilhabegesetz, eine der großen Gesetzesinitiativen dieser Landesregierung und vor allem des Sozialministeriums, will ich noch einmal hinweisen. Der Name dieses Gesetzes ist Programm. Der Mensch und seine individuellen Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt. Es ist eine richtige Entscheidung gewesen, nach der Föderalismusreform die neue Zuständigkeit des Landes zu nutzen und ein eigenes Landesgesetz zu schaffen. Dafür nochmals Dank, verbunden mit der Bitte, ebenso konsequent auch die Umsetzung dieses Gesetzes zu begleiten und zu forcieren.

Zur Gesundheitspolitik noch einige Worte: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich auch in Zukunft darauf verlassen, eine verlässliche wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu erhalten, und zwar im stationären wie im ambulanten Bereich. Nach der Umstellung der Landesförderung für den investiven Bereich ist die Zustimmung der Krankenhäuser zur Baupauschale – das ist immer wieder meine Wahrnehmung – ungebrochen. Die vom Land zur Verfügung gestellten Investitionsmittel erreichen heute fast 300 der insgesamt rund 400 Krankenhäuser und stellen ihnen so jährlich planbare Finanzmittel zur Verfügung. Das ist ein großer Vorteil gegenüber der alten, weitgehend intransparenten Förderpraxis.

Sorge bereitet uns nach wie vor der Ärztenachwuchs. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass wir trotz finanzieller Schwierigkeiten den Aktionsplan zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung, der 2007 ins Leben gerufen wurde und ursprünglich befristet war, auch im kommenden Jahr mit 1,5 Millionen € ausstatten, um so ein finanzielles Anreizsystem zu haben, um vor allen Dingen in den ländlichen Bereichen einer medizinischen Unterversorgung entgegenzutreten.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sehe, dass meine Redezeit zu Ende geht, will aber nicht versäumen, noch auf die Aidsprävention und auf die Bekämpfung der Gefahren durch Sucht und Drogen hinzuweisen. Dieser gesamte Bereich hat in den vergangenen Jahren keinen Beitrag zur notwendigen Haushaltskonsolidierung leisten müssen. Das gilt unvermindert auch in diesem Jahr.

Wir haben inzwischen – und das war sicher ein schwieriger Prozess – die Rahmenvereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales abgeschlossen. Damit sind Ziele, Aufgaben und fachliche Standards für die kommunalen Hilfsstrukturen konkretisiert und mit festen finanziellen Zusagen unterlegt. Insofern kann in diesem Bereich die erfolgreiche Politik fortgesetzt werden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eines der großen Projekte in der Gesundheitspolitik ist der Gesundheitscampus mit der Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Bochum. Dort werden zukunftsweisende Kompetenzen aus Wissenschaft, Forschung, Bildung, Wirtschaft und öffentlichem Gesundheitswesen gebündelt und vernetzt. Diese Konzentration stärkt den Gesundheitsstandort Nordrhein-Westfalen und bietet mit der Fachhochschule die Chance, jungen Menschen eine bessere berufliche Perspektive in der Pflege und in anderen nichtärztlichen Heilberufen zu geben.

Ich bin sicher, dass wir uns mit diesem Thema, wie schon in den vergangenen Monaten, noch weiterhin ausführlich auseinandersetzen und dass auch Minister Laumann zu diesem Thema noch einiges sagen wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Monheim. – Für die FDP spricht nun Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Eine wichtige Aufgabe für die Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen ist die langfristige Sicherung

der ärztlichen Versorgung auf dem Land. Als FDP haben wir auf den Handlungsbedarf schon sehr frühzeitig – das heißt im Anfang des Jahres 2007 – aufmerksam gemacht. Umso mehr freue ich mich über die Initiative des Landes.

In den nächsten zehn Jahren wird ein Drittel der Hausärzte ihre Praxis aufgeben. Das Problem ist die Nachfolgeregelung. Gerade für jüngere Ärzte sind die großen Städte oft aus unterschiedlichen Gründen attraktiver als die ländliche Region. Außerdem gehen immer weniger Mediziner nach dem Studium einer ärztlichen Tätigkeit nach.

(Gerd Stüttgen [SPD]: Wie Sie zum Beispiel!)

Viele ziehen etwas weniger Anstrengendes und ein lukratives Angebot aus der Gesundheitswirtschaft vor. Ich übrigens bin auch weiterhin ärztlich tätig und stolz darauf. Das bereichert auch das Parlament. Die Bemerkung finde ich deshalb ein bisschen daneben.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb ist es begrüßenswert, dass die Landesregierung bereits zum jetzigen Zeitpunkt aktiv wird. Vor allem die älteren und immobilen Bürger wären von einer Unterversorgung massiv betroffen. Vor diesem Hintergrund können Hausärzte, die sich im Münsterland, in Ostwestfalen, im Sauer- und Siegerland, am Niederrhein, aber auch in den südlichen Regionen, ob im Rhein-Sieg-Kreis oder in der Eifel, niederlassen, eine Landesförderung in Höhe von 50.000 € beantragen. Das Programm ist für insgesamt 107 Kommunen in Nordrhein-Westfalen geplant. Erfreulich ist, dass sich bereits zahlreiche Interessenten gemeldet haben. Für 2010 sollen 1,5 Millionen € an Barmitteln zur Verfügung stehen.

Im Mittelpunkt des Engagements der Landesregierung im Bereich der Psychiatrie steht die Vernetzung der gemeindenahen Hilfen. Es ist außerdem darauf zu achten, dass die komplementären Hilfen entsprechend an die Bedürfnisse von psychisch kranken Menschen angepasst werden. Das ist uns auch im nächsten Jahr über 300.000 € wert.

Ich möchte an dieser Stelle auf den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Versorgungsforschung verweisen. 100.000 € sollen dazu verwendet werden, die Qualität der Versorgung in offenen und geschlossenen Abteilungen der stationären Psychiatrie zu untersuchen. Es geht uns nicht darum, Unterschiede herauszuarbeiten, sondern danach zu fragen, welche Bedingungen dafür ausschlaggebend sind. Wir versprechen uns mehr Klarheit und Handlungssicherheit für alle Betroffenen und Beteiligten in dem Bereich.

Ein weiterer Schwerpunkt der Landespolitik ist die Krankenhausförderung. Mit der Baupauschale haben die Träger mehr Möglichkeiten, um eigenverantwortlich Schwerpunkte zu setzen. Langwiev-

rige Abstimmungen mit dem Land sind nicht mehr nötig. Zu diesem Zweck können 2010 bereits über 162 Millionen € bereitgestellt werden.

Dazu kommt die noch nicht völlig abgeschlossene Ausfinanzierung der alten Verpflichtungsermächtigungen. Auch 2010 arbeiten wir noch rot-grüne Altlasten ab. Das ist ein Phänomen, das ein Parlament eigentlich bedenklich stimmen sollte. Insgesamt stehen für die baulichen Investitionen 190 Millionen € bereit.

Ein besonderes Zeichen für die Zukunftsorientierung der NRW-Gesundheitspolitik ist der Gesundheitscampus in Bochum. Das Strategiezentrum, dessen Aufgabe die Steuerung aller Initiativen und Institutionen ist, hat seine Arbeit im Juni aufgenommen. Das Ziel des Campus besteht darin, durch die Bündelung unterschiedlicher Kompetenzen im Bereich der gesundheitlichen Forschung, Versorgung und Bildung die Qualität wie auch die Angebotsvielfalt in Nordrhein-Westfalen – orientiert an den Bedarfen – zu erhöhen. Aus dem Gesundheitsetat werden zum Aufbau des Gesundheitscampus im kommenden Jahr zusätzlich 1,4 Millionen € für eine gute Ausstattung mit Personal und Sachmitteln zur Verfügung gestellt.

Auch in der pflegerischen Versorgung setzt die Landesregierung im kommenden Jahr wieder Akzente. Dabei spielen nicht nur die Bedürfnisse der unmittelbar Betroffenen eine Rolle, sondern auch die der betreuenden und pflegenden Angehörigen. Diese benötigen weiterhin unsere Unterstützung. Die Modellprojekte zur Förderung von Versorgungsangeboten für demenziell erkrankte Menschen erhalten wie bisher Haushaltsmittel in Höhe von 1,5 Millionen €.

Im Zentrum der nordrhein-westfälischen Sozialpolitik stehen außerdem Angebote, unterstützende Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen. Das zeigt sich daran, dass die Mittel in der gleichen Höhe geblieben sind. Zum erfolgreichen Programm „Teilhabe für alle“ sind neue Projekte hinzugekommen, sodass sich die Zahl auf 59 erhöht hat.

Der Förderansatz für die Bereiche Arbeit, Bildung und Familie, aber eben auch für behindertengerechte Wohnformen sowie für den Abbau von Barrieren beträgt rund 186 Millionen €. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft werden auch in den kommenden Jahren immer mehr Menschen von einer spät erworbenen Behinderung betroffen sein. Eine Politik der Verantwortung bedeutet, die Weichen so zu stellen, dass alle Bürger in Nordrhein-Westfalen in gleicher Weise die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Um diesen Ansatz glaubwürdig und zielstrebig zu verfolgen, wird im Rahmen des Programms „Teilhabe für alle“ auch das Gespräch vor Ort gesucht. Das ist aus meiner Sicht das richtige Signal für die Betroffenen, aber auch für diejenigen, die sich

ehrenamtlich oder professionell mit der Situation von Menschen mit Behinderungen auseinandersetzen.

Trotz der schwierigen Haushaltslage und der problematischen Wirtschaftslage bin ich zuversichtlich, dass all diese unterschiedlichen Aktivitäten im Gesundheits- und Sozialbereich auch 2010 Früchte tragen und das Land NRW und die Lebensbedingungen weiter lebenswerter machen werden. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinker: Danke schön, Herr Dr. Romberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Laumann, wenn ich mir den Landeshaushalt anschau, dann ist zwischen dem, was faktisch politisch in diesem Land passiert, und dem, was wir oft bei Veranstaltungen oder öffentlichen Auftritten an verbalisiertem Engagement von Ihnen hören, eine Riesenklüft. Das ist das Problem.

Die vielen Botschaften – wir wollen mehr Gerechtigkeit, wir wollen bessere soziale Verhältnisse für Kinder, es muss sich an dieser und jener Stelle etwas ändern – kommen wunderbar im Land an, jeder kann sie unterschreiben.

Nur: Wenn es darauf ankommt, tatsächlich faktisch etwas an der Lebenssituation der Menschen zu ändern, setzen sich sowohl in der Landesregierung als auch in der Bundesregierung andere Kräfte durch, die – das hat mein Kollege Priggen schon heute Morgen beim Wirtschaftsteil ausgeführt – Geschenke im Land verteilen, die Programme und Konzepte auflegen, die Steuergeschenke machen, die in eine komplett andere Richtung gehen. Dann ist das Geld für diejenigen, die es eigentlich brauchen, nämlich zum Beispiel die Kinder in Nordrhein-Westfalen, nicht da. Ich will es genau an diesem Beispiel deutlich machen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gefordert, dass man klar macht, was eigentlich der Bedarf eines Kindes ist, damit es nicht in Armut lebt.

Sie haben – das rechne ich Ihnen auch hoch an – diese Kommission eingerichtet, die sich damit beschäftigt hat, das Ergebnis wie gefordert umgesetzt und wollten eine Bundesratsinitiative machen. Es war klar, dass wir für die Kinder einen eigenständigen Regelsatz brauchen. Wir brauchen einmalige Leistungen. Bildung muss für Kinder finanziert werden.

Geändert hat sich seit dieser Erkenntnis für die Kinder in Nordrhein-Westfalen nichts. Die Kinder bekommen keine Einmalleistung. Der Regelsatz ist nicht eigenständig berechnet. Es gibt auch keine

Bildungsfinanzierung. Noch nicht einmal mehr die Schulbücher werden flächendeckend finanziert.

Das meine ich, wenn ich sage, dass Sie verbal sozial sind und verkünden, dass die Kinder das brauchen. Faktisch schauen die Kinder in die Röhre. Überall im Land klatschen Menschen Ihren Forderungen und meinen, Sie würden etwas tun. Sie bekommen gar nicht mit, dass null Handeln angesagt ist. Das ist das Problem Ihrer Pseudosozialpolitik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Weil es doch bei den Erzieherinnen und den Schulen ankommt, wird der Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet. Das ist für viele Kinder gut; es ist besser als gar nichts. Aber es reicht nicht, weil nicht alle Kinder, die eigentlich eine warme Mahlzeit brauchten, sie auch bekommen. Nach welchem Prinzip wird denn entschieden, dass dieses Kind ein warmes Essen bekommt und das andere Kind Kohldampf schieben muss?

(Zuruf von Gerd Stüttgen [SPD])

Das ist keine Gerechtigkeit. Deswegen müssen Sie den Fonds entweder so ausstatten, dass jedes Kind in Nordrhein-Westfalen, das sie braucht, diese warme Mahlzeit bekommt, oder Sie machen sich auf nach Berlin und setzen in Ihrer Koalition durch, dass die Kinder den Regelsatz bekommen, den sie brauchen, damit sie das Essen zu Hause bekommen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich kann aber auch an anderen Stellen verdeutlichen, was eigentlich verbal und was Fakt ist. Kollege Killewald hat eben schon etwas zu Wohnungslosen gesagt. Nachdem die Menschen auf die Straße gegangen sind und nachdem die Wohnungslosen protestiert haben, haben doch sogar Sie gesagt: Wir packen das Geld wieder in den Haushalt. – Was ist passiert? Wir haben gefordert, dass das Geld in Ihren Haushalt kommt. Denn ich glaube, Sie hätten damit wenigstens etwas umgesetzt.

Was hat Kollege Laschet gemacht? Er hat es ausgesessen. Jetzt, seit dem 27. November, gibt es Richtlinien. Bisher ist von dem Geld, von dem Sie mit uns gemeinsam gefordert haben, dass es wieder in den Haushalt kommt, nichts verausgabt worden. Nichts ist umgesetzt worden. Die Wohnungslosenmodelle und -programme sind nicht gelaufen. Es ist kein einziges neues Projekt an den Start gegangen. Das ist

(Norbert Killewald [SPD]: Schockierend!)

sozial, verbal, radikal. Aber faktisch passiert in diesem Land nichts.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist ja nicht nur bei den Wohnungslosen so, dass Sie Standards, Maßnahmen und Sachen, die wir

unter Rot-Grün gemacht haben, zurückgefahren haben. Wir können auch über den Bereich Kommunalisierung von Aids-, Drogen- und Suchthilfe reden, über den wir gerne immer wieder streiten. In den Redebeiträgen der Koalitionsfraktionen kommen wieder die Ansagen: Es ist alles super. Es ist genauso viel Geld da wie in der Vergangenheit.

Das ist faktisch nicht so. Natürlich ist Geld in der Drogen- und Suchthilfe gestrichen worden, nämlich 28 %. Faktisch ist das vor Ort in vielen Kommunen nicht bei den Beratungsstrukturen angekommen, die wir in der Vergangenheit hatten. Es finden doch jetzt schon Verlagerungen statt. Denn Sie wissen doch, wie klamm Sie die Kommunen gemacht haben.

(Beifall von der SPD)

Sie haben ihnen das Geld an vielen Stellen weggenommen. Sie finanzieren nicht mehr die Projekte, die sie in der Vergangenheit finanziert haben. Es ist doch sogar in Ihrem Kreis so, dass Umschichtungen stattfinden. Dann gibt es keine Präventionsmaßnahmen mehr. Anschließend wundern Sie sich, wenn es weniger Prävention in der Sucht- und Drogenpolitik und plötzlich mehr Leute gibt, die in bestimmten Bereichen abhängig sind. Dann gucken Sie ganz erstaunt und sagen: Das ist aber ein Problem, an dem man etwas ändern muss.

Nein, Sie fahren die Prävention herunter. Sie fahren die Landeskonzepte herunter. Vor allen Dingen haben Sie in Nordrhein-Westfalen eine geschlechterdifferenzierte Drogen- und Suchtpolitik plattgemacht. Die gibt es bei Ihnen nicht mehr, weil der Minister sagt: Gender haben wir doch gehabt. Das ist fertig. – Es ist nicht fertig. Jede Drogen- und Suchtkonzeption muss man geschlechterspezifisch aufbauen, damit man beide Zielgruppen erreicht und nicht Maßnahmen anbietet, die keinen erreichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bei der Aidshilfe ist es dasselbe: Sie kommunalisieren. Kommunalisierung bedeutet, dass das Geld einmal mit der Gießkanne über das Land verteilt wird, dass Beratungsstellen zumachen werden, dass zum Teil die Kommunen die Beratung übernehmen, weil man dann ein bisschen Geld gespart hat. Wir werden nicht mehr das Angebot haben, was wir bisher in diesem Land hatten. Nordrhein-Westfalen war verdammt gut an dieser Stelle. Sie machen das kaputt. Sie gehen damit das Risiko ein, dass die Aidsprävention in Nordrhein-Westfalen zurückgeht und damit die Infektionszahlen wieder steigen.

Wir haben aber auch in anderen Bereichen große Defizite. Kollege Henke ist in den Bundestag gewechselt, damit er hier nicht mehr das Elend ertragen muss, dass das, was er im Landtagswahlkampf immer gefordert hat,

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

nämlich eine ausreichende und grundlegende Krankenhausfinanzierung, nicht umgesetzt wird, sondern Sie das genaue Gegenteil davon gemacht haben. Jetzt ist er im Bund und wird für seine Positionen streiten und kämpfen und dort genauso den Frust bekommen wie hier im Landtag mit der Politik, die Sie bei der Krankenhausfinanzierung gemacht haben.

Frau Monheim, Sie sagen: Das finden alle gut. – Nein, das finden die meisten Krankenhausträger nicht gut, weil man mit der Pauschalierung in dieser Höhe, wie Sie sie auszahlen, nicht die notwendigen Kredite bekommt und nicht die notwendigen Investitionen tätigen kann.

(Widerspruch von Dr. Stefan Berger [CDU])

Diejenigen, die viele Krankenhäuser haben, können das durch Bündeln erreichen. Aber die Krankenhausträger, die Einzelhäuser oder weniger Häuser haben, können das auf dieser Grundlage nicht. Wenn Sie diese Pauschale für richtig halten, müssen Sie sie anders ausstatten, sodass man damit auch die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen durchführen kann. Gehen Sie doch mal in die Krankenhäuser, statt hier herumzumeckern, und reden Sie mit den Leuten! Dann werden Sie sehen, dass das stimmt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

Wir machen das. Ich habe in der letzten Zeit genug Krankenhäuser aufgesucht und mit genug Krankenhausträgern geredet. Aber bei Ihnen gilt ja seit Langem immer das Prinzip: Augen und Ohren zu und immer denselben Kram reden, den Sie schon immer geredet haben.

Auf einen letzten Punkt möchte ich noch eingehen. Das Wohn- und Teilhabegesetz haben Sie eben wieder groß gepriesen. Ich halte es nach wie vor an vielen Stellen für einen Schritt in die falsche Richtung. Der Kollege Killewald hat eben deutlich gesagt, wie viele Defizite mittlerweile mit der Umsetzung verbunden sind. Wir hatten Ihnen vorher gesagt, dass das so nicht funktionieren wird.

Bei der Pflege wäre es notwendig – das hat Ihnen die Enquetekommission ins Stammbuch geschrieben –, neue Wohnformen zu fördern und zu konzipieren, neue Modelle und ambulante Versorgungsstrukturen einzurichten. Das alles passiert nicht. Stattdessen werden Sie auch noch die beiden Regionalstellen reduzieren. Nur eine der Regionalstellen wird wahrscheinlich perspektivisch in Ihrem Pflegestützpunkt aufgehen. Das heißt, auch an dieser Stelle fahren Sie mit dem Zug in die falsche Richtung.

Im Haushalt steht jetzt noch gar nichts zur Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen; diesbezüglich werden wir Ihnen im

nächsten Jahr bis zur Landtagswahl noch intensiv auf die Finger schauen, denn ich habe von Ihnen noch nichts dazu gehört, wie sie wirklich umgesetzt werden soll. Die Arbeitsgruppe werden Sie auf den Weg bringen. Aber ob die Menschen mit Behinderungen entsprechend der UN-Konvention an diesem Prozess schon in der Struktur beteiligt werden – dahinter setze ich noch ein Fragezeichen. Ich würde es mir wünschen. Das ist, wie gesagt, jetzt noch nicht haushaltsrelevant, sondern wird erst beim nächsten Haushalt relevant. Ich hoffe, dass Sie den nicht aufstellen werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Steffens. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über Sozialpolitik spricht, dann geht es in allererster Linie darum, dafür zu sorgen, dass die Menschen nicht arm sind und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

(Beifall von der CDU)

Ich will in aller Ruhe erwähnen, dass wir heute in Nordrhein-Westfalen trotz der Wirtschaftskrise 283.000 Arbeitslose weniger haben als 2005

(Beifall von CDU und FDP)

und dass wir heute in Nordrhein-Westfalen 290.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr haben als 2005.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich finde, dass diese Zahlen sich sehen lassen können und für meine Politik sprechen. Denn man kann Armut nur verhindern, indem man den Menschen Arbeit gibt, mit der sie Geld verdienen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Killewald, im Jahre 2005 gab es in Nordrhein-Westfalen 11.000 Betreuungsangebote für Kinder, heute haben wir im gleichen Land 76.000 Betreuungsangebote.

(Britta Altenkamp [SPD]: 15.477!)

Wenn man Armut in diesem Land verhindern will, dann muss man einer alleinerziehenden Mutter einen Betreuungsplatz für ihr Kind geben, damit sie durch Erwerbsarbeit aus der Armut herauskommt. Herr Killewald, Sie haben nichts gemacht, und wir haben richtig was gemacht. Erkennen Sie das doch wenigstens einmal an!

Herr Killewald, als ich 2005 ins Amt kam, wurde in Berlin gerade mit Ihrer Unterstützung die Bezugs-

dauer für das Arbeitslosengeld auf 12 Monate begrenzt. Wir haben mit unserer Bundesratsinitiative dafür gesorgt, dass Menschen, die 40 Jahre lang Beiträge gezahlt haben, heute wieder 18 Monate lang Arbeitslosengeld bekommen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das waren nicht Sie!)

Wer hat da eigentlich eine gute Politik gemacht?

Herr Killewald, als ich 2005 ins Amt kam, da vertraten Sie eine Hartz-Gesetzgebung, die bedeutete, dass ein Mensch, der 40 Jahre gearbeitet hatte, nach 12 Monaten so behandelt wurde wie jemand, der nie gearbeitet hat, und kaum Schonvermögen behalten durfte. Im jetzigen Koalitionsvertrag steht, dass diese Menschen ein anständiges Schonvermögen für Ihre Alterssicherung behalten können.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Sagen Sie einmal, wie viele Menschen das sind in Nordrhein-Westfalen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie lügen das Parlament an!)

Das ist die Wahrheit, und dabei bleibt es. Sie haben die Arbeitnehmer mit Hartz IV arm gemacht. Wir sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer durch Hartz IV nicht mehr arm gemacht werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben, als ich 2005 ins Amt kam, jeglichen Reformbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung im Hinblick auf die Bekämpfung der Altersarmut geleugnet. Heute steht in der Koalitionsvereinbarung, dass in dieser Legislaturperiode eine Regelung getroffen werden muss, damit Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, eine höhere Rente als die Grundsicherung haben. Wer hat sich da durchgesetzt? Ich oder Sie?

(Beifall von CDU und FDP)

Als ich 2005 ins Amt kam, da gab es in Nordrhein-Westfalen eine Krankenhausförderung, die darin bestand, dass jedes Jahr wenige Krankenhäuser gefördert wurden,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

dass es einen Förder-Paternoster gab, in den man einstieg und vielleicht sieben Jahre später eine Bewilligung für das bekam, was man beantragt hatte. Heute werden alle 413 Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen von uns gefördert, und zwar nach der Anzahl der Gesundheitsfälle, die sie im Jahr behandeln. Jeder in der Szene weiß, dass diese Politik fortschrittlich und Ihre Politik rückwärtsgewandt war.

(Beifall von CDU und FDP)

Als ich 2005 ins Amt kam, hatte die damalige Landesregierung die Zahl der Studienplätze für Mediziner in den vorherigen Jahren um ein Drittel gekürzt.

Wir sind jetzt zusammen mit dem Kollegen Pinkwart dabei,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das bürgt nicht für Qualität!)

wieder mehr Ausbildungsplätze für Mediziner zu schaffen, weil medizinisches Personal für die gesundheitliche Versorgung unseres Landes unabdingbar ist. Ich bin derjenige, der dafür sorgt, dass wir auch in den Dörfern noch einen Hausarzt haben. Darum haben Sie sich nie gekümmert.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir waren es, die 2005 dafür gesorgt haben, dass die Sucht- und Drogenpolitik nicht zentral vom Land gemacht wird, sondern von den Kommunen, weil diese vor Ort viel besser wissen, wo die Schwerpunkte sind,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein! Wissen Sie nicht!)

wo man ansetzen muss, als man von Düsseldorf aus das Problem beheben kann.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein! Das ist Quatsch!)

Als ich 2005 ins Amt kam, gab es in Nordrhein-Westfalen elf Versorgungsämter. 9 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen sind schwerbehindert. Heute gibt es in 54 Kreis- und Stadtverwaltungen Versorgungsämter nah am Menschen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer hat für eine bürgernahe Struktur für die behinderten Menschen gesorgt? Sie oder ich?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: In welcher Realität leben Sie eigentlich?)

Als ich 2005 ins Amt kam, gab es in Nordrhein-Westfalen wie in ganz Deutschland ein völlig veraltetes Heimgesetz, aus dem wir ein Gesetz für Teilhabe gemacht haben. Ich sage Ihnen eines: Sie haben hier im Landtag nie über Mehrbettzimmer für Behinderte geredet; es gibt in Nordrhein-Westfalen noch etwa 4.000 Behinderte, die in größeren Zimmern, in Doppelzimmern liegen. Ich habe dafür gesorgt, dass diese Zimmer in zwei Jahren verboten sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer macht hier mehr für die Behinderten? Sie oder ich?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und wer hat es bezahlt? Sie haben nichts bezahlt!)

Als ich 2005 ins Amt kam, da hatten Sie vonseiten der Landesregierung gerade das Programm eingestellt, in dem schwerstbehinderte Menschen an den Verwaltungsschulen zu Verwaltungsfachleuten ausgebildet wurden, weil Sie sich nicht mehr in der Lage sahen, diese Menschen in der Landesverwal-

tung einzustellen. Ich habe dafür gesorgt, dass es dieses Programm wieder gibt, und selbstverständlich werden die Absolventen, die darin jedes Jahr fertig werden, im Landesdienst auch eingestellt. Wer sorgt für die Beschäftigung von schwerstbehinderten Menschen? Sie oder ich?

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben das Thema Demenz, das in einer älter werdenden Gesellschaft ein Riesenthema ist, in diesen Jahren systematisch angepackt. Mittlerweile gibt es flächendeckend über das Land verteilt 13 Demenz-Servicecenter, die sich um diese Frage kümmern. Herr Killewald, wenn man diese Bilanz sieht, war Ihre Rede schon ein Akt der Verzweiflung.

Sie sehen, christlich-soziale Sozialpolitik ist etwas Gutes. Und Sie können darauf Gift nehmen: Wir werden dafür kämpfen, dass wir diese Sozialpolitik für die armen Leute auch nach dem 9. Mai 2010 erfolgreich fortsetzen können. – Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war der Begrüßungsapplaus!)

Norbert Killewald (SPD): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Monheim, ich schätze Sie sehr, weil ich glaube, Sie sind eine sozial engagierte Frau. Was Sie vorhin gesagt haben, nehme ich durchaus ernst. Aber nach fünf Jahren kommt irgendwann der Zeitpunkt, zu dem man sich als Sozialpolitiker fragt, ob man das weiter dulden kann. Inzwischen muss man fast auf den Tisch kotzen.

(Zurufe von der CDU)

Ich nenne Ihnen auch ein Beispiel dafür.

(Norbert Killewald [SPD] hält eine Broschüre hoch.)

Diese Broschüre macht den Stellenwert der Sozialpolitik in der Regierung Rüttgers deutlich.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Da es eine offizielle Broschüre der Landesregierung ist, gehe ich davon aus, dass sie abgestimmt ist. Ich gehe einmal davon aus, dass sie zwischen den Ressorts abgestimmt ist. Ich gehe davon aus, dass sie zwischen den Presseleuten der Regierungsfraktionen oder zumindest des stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Ministerpräsidenten abgestimmt ist.

Meine Damen und Herren, es ist schon bezeichnend für dieses Land, dass trotz dieser großen Worte des Ministers Folgendes passiert.

(Zurufe)

– Warten Sie erst einmal. – Dass die Sozialpolitik klar hinter dem Ministerpräsidenten kommt, ist klar.

Dort ist sie aber nicht zu finden. Vielleicht kommt dann auch erst der stellvertretende Ministerpräsident. Das ist auch klar.

(Unruhe)

Aber dass Sie in einem abgestimmten Produkt zur Darstellung Ihres Regierungshandelns zuerst die moderne Architektur im Innenhafen Duisburgs nennen, dass Sie zuerst die Präzision bei der Untersuchung eines Stahlträgers nennen, dass Sie zuerst die Standortmarketingkampagne „We love the new“ nennen, dass Sie zuerst den Suchhund in der Türkei erwähnen und dann erst „Bei uns bleibt niemand zurück“ sagen, macht es notwendig zu fragen, ob dieser Minister mit seinen Ansprüchen und Versprechungen von damals wirklich gehalten hat, was er versprochen hat. Wir finden, das hat er nicht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Killewald.

(Zurufe – Unruhe)

Jetzt hat noch einmal Herr Minister Laumann das Wort. Ich bitte um etwas Ruhe.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Killewald, es kommt nicht so sehr darauf an, wo etwas steht, sondern es kommt sehr darauf an, was da steht.

(Beifall von CDU und FDP)

Solange Sie sich darüber beschweren und das die Alternative zu meiner Sozialpolitik ist,

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Was für eine Sozialpolitik?)

dass Sie über die Seitenzahlen des Landesentwicklungsberichts reden, anstatt Ihre sozialpolitischen Alternativen auf den Tisch zu legen, von denen Sie heute gar nicht gesprochen haben, macht mich das für die Auseinandersetzung der nächsten Monate schon ziemlich optimistisch.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Uns auch!

Die Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen läuft so: Bevor Sie irgendwo sind, bin ich schon längst da.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Das ist wie das Spiel „Hase und Igel“. Das ist die Wahrheit.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Überall und nirgends!)

Das liegt ganz einfach daran, dass wir in der Christlich-Demokratischen Union und in der CDU/FDP-geführten Landesregierung keine ideologisierte Politik machen, sondern eine Politik, die sich nah

am Menschen und an den Persönlichkeits- und Menschenrechten orientiert. Dazu passt Ihre Ideologie eben nicht in jedem Punkt. Nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis, dass es hier einen ganz anderen Politikansatz gibt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt!)

Herr Kollege Sagel, ich sage es Ihnen heute noch einmal: Im Jahr 1990 habe ich in der ehemaligen DDR Behinderteneinrichtungen gesehen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Ich habe Sechs-Bett-Zimmer gesehen und Behinderteneinrichtungen gesehen, in denen es nicht einmal ein Badezimmer gab. Als ich das alles gesehen habe, habe ich mir eines geschworen, und dabei bleibt es: Ich lasse mir von Sozialisten und Kommunisten in der Sozialpolitik nichts mehr erzählen. – Schönen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, die vereinbarten Redezeiten sind ausgeschöpft. Damit schließe ich die Debatte.

Wir stimmen jetzt ab, zuerst über die Änderungsanträge mit den laufenden Nummern 80 bis 94. Es handelt sich jeweils um Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/die Grünen.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10305** ab. Wer dafür ist, den bitte ich ums Handzeichen. – Grüne, SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10306**. Wer ist dafür? – Grüne, SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10307**. Wer ist dafür? – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Abgeordneter Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10308 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Abgeordneter Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10309 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Abgeordneter Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10310 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Abgeordneter Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10313 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10311 der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10312 der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10315 der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10316 der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – SPD-Fraktion. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10314 der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10317 der Grünen. Wer ist dafür? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10318 der Grünen. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Abgeordneter Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10319 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 11 entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/10211** ab. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Gibt es Enthalt-

tungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionsstimmen **angenommen** und der **Einzelplan 11 verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir wenden uns jetzt noch einmal dem **Einzelplan 14** zu, zu dem vorhin wegen der Mittagspause die **Abstimmung** verschoben wurde. Dazu liegt uns die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10214 vor. Weiterhin liegen uns wiederum Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nummern 71 bis 79 der Tischvorlage vor. Über diese Änderungsanträge stimmen wir zuerst ab, bevor wir später über die Beschlussempfehlung abstimmen. Ich beginne mit der Abstimmung.

Änderungsantrag Drucksache 14/10321 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10322 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10323 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10324 der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10325 der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 14/10326 der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10327** ab. Wer ist für den Antrag? – Das sind Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10328** ab. Wer ist für den Antrag? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. – Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10329** ab. – Wer ist für den Antrag? Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? SPD und Herr Sagel. – Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/10214** ab. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne und Herr Sagel. – Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP **angenommen** und somit **Einzelplan 14 verabschiedet**.

Wir kommen zu:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“ und „Landwirtschaft“.

Es gibt eine Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/10210 sowie Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen.

Ich eröffne die Beratung, und zwar über alle drei Teilbereiche zusammen. Für die SPD-Fraktion eröffnet Frau Kollegin Schulze die Debatte. Bitte schön, Frau Kollegin.

Svenja Schulze (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushalt für den Einzelplan 10 haben CDU und FDP ihren letzten Haushalt vorgelegt. Das ist eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen: Was ist eigentlich beim Klimaschutz, bei der Umweltpolitik und in der Verbraucherpolitik passiert?

Zusammenfassen kann man das für diese Regierung so: Da herrscht einfach nur Ideenlosigkeit. In NRW kann ein CDU-Umweltminister nur berichten, dass der Umweltetat die Melkkuh für sämtliche Finanzlöcher ist, dass selbst der Wald von der Regierung verkauft wird, dass es um einen großen Ausverkauf geht statt um ein Annehmen großer Herausforderungen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es gibt kein positives Projekt, das man mit dieser Regierung verbindet. Sie haben nur das gemacht, was unbedingt sein musste, was sich nicht vermeiden ließ, und das haben Sie auch noch falsch gemacht.

Wenn man sich die Bilanz ein bisschen genauer ansieht, zum Beispiel beim Klimaschutz, hat man Eindruck, Sie haben sich die Deutsche Bundesbahn